

Inhalt

*Gegenstand dieses Buches Inhalt und systematische Stellung der Einleitungsartikel

Anwendungsbereich der Einleitungsartikel: ZGB, OR und entsprechende Ausführungserlasse des Bundes - Übriges Bundesprivatrecht - Sonstiges Recht: analoge Anwendung - Allgemeines - Die Analogie im Einzelnen - Art. 1 ZGB - Art. 2 ZGB - Art. 8 ZGB (sowie Art. 9 ZGB) - Art. 3, 4 und 7 ZGB

Gesetzes-, Gewohnheits- und Richterrecht (Art. 1 und 4 ZGB): Gesetzesrecht - Rechtsgültigkeit des Gesetzes - Gesetzeswortlaut - Bedeutung der Titel (Überschriften) und Randtitel (Marginalien) - Bedeutung der Mehrsprachigkeit - Redaktionsversehen - Begriff - Behebung von Redaktionsversehen - Durch die rechtsanwendenden Organe - Durch den Gesetzgeber - Durch die Redaktionskommission der eidgenössischen Räte - Durch den Bundesrat? - Auslegung des Gesetzes - Begriff der Gesetzesauslegung - Elemente der Gesetzesauslegung - Das grammatische (grammatikalische) Element - Das systematische Element - Das teleologische Element - Das realistische Element - Das historische Element - Die verschiedenen Auslegungselemente in ihrem gegenseitigen Verhältnis - Spezielle Probleme des Gesetzesauslegung - Wirtschaftliche Betrachtungsweise - Verfassungskonforme Auslegung und indirekte Drittwirkung der Verfassung - «Logische» Auslegungskriterien: restriktive Auslegung von Ausnahmebestimmungen; argumentum e contrario; argumentum per analogiam; im maiore minus; a fortiori-Argument - Teleologische Reduktion und Extension - Gesetzeslücken - Entstehung von Gesetzeslücken - Allgemeines - Ursachen von Gesetzeslücken - Der Begriff der Gesetzeslücke - Abgrenzung vom sog. rechtsfreien Raum - Abgrenzung gegenüber dem sog. qualifizierten Schweigen - Lückenarten - Lücken intra legem und Lücken prae legem - Abgrenzung - Lücken intra legem im Besonderen

Verweisungen - Generalklauseln oder Blankettnormen - Erkenntnislücken - Echte und unechte Lücken - Sonstige Lückenarten - Schematische Übersicht über die wichtigsten Lückenarten - Lückenfüllung - Problemstellung - Me-

thoden der Lückenfüllung - Gewohnheitsrecht (Art. 1 Abs. 2 ZGB) - Das Gericht als Gesetzgeber (Art. 1 Abs. 2 ZGB) - Die Regelbildung - Die Elemente der Regelbildung - Die Bedeutung des bestehenden Gesetzesrechtes - Richterliche Billigkeitsentscheidungen gemäss Art. 4 ZGB - Problemstellung - Anwendungsfälle (Beispiele) - Die Fällung des Billigkeitsentscheids - Unterschied zum Vorgehen nach Art. 1 Abs. 2 ZGB - Behandlung unechter Gesetzeslücken gemäss Art. 2 Abs. 2 ZGB - Übersicht über die Methoden der Lückenfüllung (ohne Gewohnheitsrecht) - Bewährte Lehre und Überlieferung als Hilfsmittel der Gesetzesauslegung und Lückenfüllung (Art. 1 Abs. 3 ZGB); weitere Hilfsmittel - Bedeutung und Anwendungsbereich von Art. 1 Abs. 3 ZGB - Bewährte Lehre - Bewährte Überlieferung - Weitere Hilfsmittel der Gesetzesauslegung und Lückenfüllung - Die Kritik an der herkömmlichen Methodenlehre - Kritik an der Unterscheidung zwischen Auslegung und Lückenfüllung - Die so genannte neuere Hermeneutik und die moderne Wertlehre

Das Gebot des Handelns nach Treu und Glauben und das Verbot des Rechtsmissbrauchs (Art. 2 ZGB): Allgemeine Inhaltsumschreibung von Art. 2 ZGB - Ausgangspunkt und Adressaten von Art. 2 ZGB - Der Grundgedanke von Art. 2 Abs. 1 ZGB - Der Grundgedanke von Art. 2 Abs. 2 ZGB - Das Verhältnis zwischen Art. 2 Abs. 1 und Art. 2 Abs. 2 ZGB - Bildung von Fallgruppen - Das Gebot des Handelns nach Treu und Glauben im Einzelnen - Im Bereich der Rechtsgeschäfte - Auslegung von Rechtsgeschäften - Ergänzung von Rechtsgeschäften - Umgehung rechtsgeschäftlicher Pflichten - Culpa in contrahendo - Vertrauenshaftung - Bei der Gesetzesanwendung - Auslegung der Gesetze - Verbot der Gesetzesumgehung - Verbot der zweckwidrigen Verwendung eines Rechtsinstitutes - Das Verbot des Rechtsmissbrauchs im Einzelnen - Wichtigste Fallgruppen

Nutzlose (unnütze) Rechtsausübung - Krasses Missverhältnis der Interessen - Widersprüchliches Verhalten (*venire contra factum proprium*) - Gleichbehandlungsgebot und Willkürverbot - Die *Clausula rebus sic stantibus* - «Ewige» Leistungspflichten - Schonende Rechtsausübung - Behandlung von Rechtsmissbrauchsfällen durch den Richter - Berücksichtigung von Amtes wegen - Auswirkungen des Rechtsmissbrauchs

Der Schutz des guten Glaubens (Art. 3 ZGB): Beispiel als Ausgangspunkt - Der Begriff des guten Glaubens - Bedeutung des guten Glaubens - Schranken des Gutglaubensschutzes - Beschränkung auf Einzelschriften - Widerlegung der Vermutung (Bösgläubigkeit) - Unterlassen der gebotenen Aufmerksamkeit (Art. 3 Abs. 2 ZGB) - Schematische Zusammenfassung - Inhalt des Gutglaubensschutzes

ZGB und OR (Art. 7 ZGB): Das Verhältnis zwischen ZGB und OR - Tragweite der Verweisung - Allgemeines - Ergänzungen und Korrekturen zum

Gesetzeswortlaut

Privatrecht des Bundes und Privatrecht der Kantone (Art. 5 Abs. 1 ZGB): Grundsatz - Ausnahmen - Einteilung der Vorbehalte - Verpflichtende Vorbehalte - Ermächtigende Vorbehalte - Zuteilende Vorbehalte - Übergangsrechtliche Vorbehalte - Rechtsquellen des vorbehaltenen kantonalen Rechts Übung und Ortsgebrauch (Verkehrssitte) (Art. 5 Abs. 2 ZGB): Begriff und Wesen - Verkehrssitte und Rechtsgeschäfte - Verkehrssitte und objektives Recht

Bundesprivatrecht und öffentliches Recht der Kantone (Art. 6 ZGB): Privatrecht und öffentliches Recht - Allgemeine Problemübersicht hinsichtlich der Bedeutung von Art. 6 Abs. 1 ZGB - Rechtsnatur und Umfang des Vorbehalts von Art. 6 Abs. 1 ZGB - Rechtsnatur - Umfang (mit Hinweisen auf weitere «Rechtskollisionen») - Schranken des öffentlichen Rechts der Kantone - Regel - Praxis - Bundesrechtswidrigkeit verneint - Bundesrechtswidrigkeit bejaht - Beschränkung und Verbot der Verkehrsfähigkeit bestimmter Sachen (Art. 6 Abs. 2 ZGB) - Das Verhältnis von Art. 6 Abs. 1 zu Art. 6 Abs. 2 ZGB - Die in Art. 6 Abs. 2 ZGB enthaltenen Regelungen im Einzelnen - Objekte der Regelung - Öffentliche Sachen - Polizeilich relevante Sachen - Gefährliche Sachen - Gegen die öffentliche Sittlichkeit verstossende Sachen - Seltene bzw. schutzwürdige Sachen - Inhalt der Regelungen (Sanktionen)

Bundesprivatrecht und Zivilprozessrecht (Art. 8-10 ZGB): Das Problem der Beweislast (Art. 8 ZGB) - Gründe für eine bundesrechtliche Regelung von Beweisfragen - Schranken der bundesrechtlichen Regelung von Beweisfragen - Regel - Ausnahmen - Beweiskraft öffentlicher Urkunden und öffentlicher Register (Art. 9 ZGB) - Beispiele öffentlicher Urkunden und Register - Rechtsgeschäftliche Erklärungen - Feststellung bestimmter Tatsachen - Öffentliche Register - Die Beweiskraft - Schranken- der Beweiskraft - Unzulässigkeit kantonalen Beweisvorschriften (Art. 10 ZGB)